



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

52. Sitzung (öffentlich)

5. November 2008

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 14:00 Uhr

Vorsitz: Franz-Josef Knieps (CDU)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Antrag der SPD-Fraktion, in der heutigen Sitzung nicht abschließend über den Haushaltsplan in den den Ausschuss betreffenden Teilen zu beraten, wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich abgelehnt.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

hier: Einzelplan 08

Vorlagen 14/1930 (Erläuterungsband) und 14/2120

in Verbindung mit:

- 2 Reduzierte Steinkohle-Absatzbeihilfen 2008 durch gestiegene Weltmarktpreise** 9
- Vorlage 14/2137
- Aussprache 9
- Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion abgelehnt.
- Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss den Einzelplan 08 in unveränderter Fassung mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Annahme.
- 3 Aktueller Stand des Ziel-2-Programms 2007 - 2013**
- Vorlage 14/2189
- Aussprache 18
- 4 Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristung im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** 24
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7683
- Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/7683 mit den Stimmen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion zu.

- 5 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Befristung von Rechtsvorschriften im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** 25
- Vorlage 14/2162
- Aussprache 25
- Der Ausschuss erhebt mit den Stimmen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion keine Einwendungen gegen die in der Vorlage 14/2162 dargestellte Verordnung.
- Der Ausschuss bittet das Ministerium ferner darum, zeitnah über den Bericht an die Landesregierung informiert zu werden.
- 6 Schützt den Mittelstand vor der Kreditklemme!** 27
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/6679
- Aussprache 27
- 7 Keine Hilfen für Banken ohne einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte** 28
- Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen
Drucksache 14/7680
- Aussprache 28
- Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung durchzuführen. Die Einzelheiten werden im Kreise der Obleute besprochen.

8 Zukunftschance Wasser nutzen - NRW zum Wasserland Nr. 1 machen! 30

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/7357

– Aussprache 30

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/7357 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

9 Erwerbstätige Familien unterstützen - Betriebe informieren: Initiative für betrieblich unterstützte Kinderbetreuung 31

Antrag
der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP
Drucksache 14/7547

In Verbindung mit:

Nordrhein-Westfalen braucht der Kinderbetreuung in Betriebskindergärten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen
Drucksache 14/7455

– Aussprache 31

Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, die Anträge der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 14/7475 sowie den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/7455 ohne Votum an den federführenden Ausschuss weiterzuleiten.

10 Kostenlose Emissionszuteilungen für Wärme aus hocheffizienten KWK-Anlagen 33

Vorlage 14/2138

in Verbindung mit:

11	Aktivitäten der Landesregierung zum Emissionshandel	33
	– Aussprache	33
	– Bericht von Ministerin Thoben (MWME) zu Tagesordnungspunkt 11	33
	– Aussprache	35
12	Sachstand eines Gutachtens im Auftrag der Landesregierung zur Ermittlung des KWK-Potenzials in NRW	40
	Auf Vorschlag der Grünen-Fraktion verständigt sich der Ausschuss darauf, von einer Berichterstattung der Ministerin in der heutigen Sitzung abzusehen und den Bericht zunächst schriftlich entgegenzunehmen.	
13	100 Mrd. Euro Zusatzerlöse aus längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken in den kommenden 10 Jahren	41
	– Ministerin Thoben (MWME) sagt ihren schriftlichen Bericht zu	41
	– Aussprache	41
	Der Ausschuss verständigt sich einvernehmlich darauf, den Bericht der Ministerin einschließlich der Berechnungen schriftlich entgegenzunehmen. Das Thema wird auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses gesetzt.	
14	Verschiedenes	42
	– Schreiben der Verbraucherzentrale NRW zum "Messgerätegesetz"	42

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2009 (Haushaltsgesetz 2009)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/7000

hier: Einzelplan 08

Vorlagen 14/1930 (Erläuterungsband) und 14/2120

in Verbindung mit:

2 Reduzierte Steinkohle-Absatzbeihilfen 2008 durch gestiegene Weltmarktpreise

Vorlage 14/2137

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps erinnert daran, in der AWME-Sitzung im September habe Ministerin Thoben die politischen Schwerpunkte für das kommende Haushaltsjahr im Etat des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie vorgestellt. Der Sprechzettel sei mit Vorlage 14/2120 zur Verfügung gestellt worden.

Als Grundlage für die heutige Beratung stünden dem Ausschuss der Einzelplan 08, der Erläuterungsband zu diesem Einzelplan (Vorlage 14/1930) und der Sprechzettel aus der September-Sitzung zur Verfügung. In der abgesagten Sitzung im Oktober hätten eigentlich die Aussprache und Abgabe der Statements durch die Fraktionen stattfinden sollen. Das solle heute nachgeholt werden und werde mit der Beratung des Änderungsantrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verbunden, der als Tischvorlage (siehe **Anlage 1** zu diesem Ausschussprotokoll) eingereicht worden sei.

Reiner Priggen (GRÜNE) kommt zunächst auf die reduzierten Steinkohlebeihilfen zu sprechen. Auf der Grundlage der dortigen Mitteleinsparung habe seine Fraktion ihr Konjunkturprogramm zur Gebäudesanierung etc. aufgebaut. In Rede stünden um 110 Millionen € reduzierte Beihilfennotwendigkeiten. Statt der ursprünglich vorgesehenen Beihilfen in Höhe von 516 Millionen € seien "nur" 406 Millionen € zu zahlen. In der jüngsten Vergangenheit sei immer wieder diskutiert worden, dass deutsche Steinkohle fast schon international wettbewerbsfähig sei. Er rechne in den nächsten Jahren mit erheblichen Rückflüssen bzw. geringeren Aufwendungen, die das Land zu leisten habe.

Wie sehe die Ministerin die Entwicklung? Von welchem Durchschnittspreis sei man für 2008 ausgegangen? - Die Vorlage enthalte keine entsprechenden Hinweise. Durch die geringere strukturelle Unterdeckung würden in den Folgejahren erhebliche Minderausgaben zu verzeichnen sein. Die Einschätzung seiner Fraktion sei insofern solide.

Angesichts der aktuellen Krisensituation im Automobilbereich sowie Tendenzen für andere Märkte wäre es sinnvoll, dass sich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und die sie tragenden Fraktionen darüber Gedanken machen, welchen konkreten Beitrag das Land leisten könne. Einzelne Vorschläge der Bundesregierung seien durchaus vernünftig: So sollten beispielsweise die Mittel für die Gebäudesanierung und den Baubereich deutlich erhöht werden. Völlig absurd hingegen sei es, den Kauf von großvolumigen Automobilen mit 1.800 € Steuererlass zu honorieren. - In ihrem Antrag schlage seine Fraktion zur Gebäudesanierung Maßnahmen vor, die rein investiv und ohnehin irgendwann einmal zu ergreifen seien. Sie könnten deshalb eigentlich nicht auf den Widerstand der Koalition/Regierung treffen.

Zu befürchten sei auch ein erhöhter Kaufkraftabfluss, den die Bundesbank für 2008 gegenüber 2007 mit 23 Milliarden € prognostiziere. Bezogen auf ihre Einwohnerzahl griffen die Länder Bayern und Baden-Württemberg Bundesmittel stärker ab als Nordrhein-Westfalen. Warum wolle das Land Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich nicht aktiv werden? Vorschläge unterbreite die Landesregierung nicht.

Lutz Lienenkämper (CDU) stimmt der Einschätzung des Abgeordneten Priggen zu, dass es bei den Kohlebeihilfen zu Minderzahlungen kommen werde, wobei er für das Jahr 2009 von einer etwas höheren gesicherten Schätzung als 110 Millionen € ausgehe. Für das kommende Jahr erwarte er allerdings fallende Kohleweltmarktpreise. Insofern sei deutsche Steinkohle nicht auf dem Weg, dauerhaft wettbewerbsfähig zu werden. Er gehe im Übrigen davon aus, dass die Landesregierung die belastbaren Prognosen der RAG ohnehin in ihrer Veränderungsliste berücksichtigen werde. Des Grünen-Antrags bedürfe es deshalb nicht.

Seine Fraktion werde im Laufe der nächsten Wochen ein umfangreiches Papier zum Thema "Energieeffizienz" vorlegen. "Gebäudesanierung" werde dabei eine Rolle spielen. Außerdem wolle man Energieeffizienz über Anreizsysteme - für die private wie für die öffentliche Hand - wirksam steigern. Gebäudesanierung sei dabei lediglich ein Baustein innerhalb eines größeren Kontextes.

Ministerin Christa Thoben (MWME) geht auf die Wortbeiträge ein: Das "Berliner Modell" sei erheblich unterfinanziert gewesen und bedinge deshalb einen größeren Nachholbedarf. Bis zum Jahre 2012 verausgabe das Land insgesamt 1,5 Milliarden €, um die bestehenden Defizite aufzuarbeiten. Bei den Berechnungen für das Jahr 2008 habe man einen Durchschnittspreis von 107 €/Tonne unterstellt. Trotzdem warne sie angesichts der aktuellen Preise vor Euphorie, seien die Spotmarktpreise für Kohle doch schon wieder eingebrochen.

Zahlreiche Maßnahmen auf Bundesebene hätten Einnahmeausfälle im Land zur Folge. Bezogen auf die degressive Abschreibung etwa verzichte das Land Nordrhein-Westfalen auf bis zu 600 Millionen €. Im Zusammenhang mit der Ausgabenseite erinnere sie daran, dass man über die verlängerte Laufzeit von Kernkraftwerken zu Verhandlungen mit der Energiewirtschaft hätte kommen können. Ohne zusätzliche Schulden aufnehmen zu müssen, hätte man Maßnahmen im Bereich der Gebäudesanierung und sinnvolle Maßnahmen für den Übergang von alten eher schadstoffbelasteten Autos zu neuen, schadstoffärmeren Autos so befördern können, dass nicht jemand, der ein größeres Auto kaufe, das unter Klimagesichtspunkt nicht angesagt sei, mehr von der Kfz-Steuer aussetzung profitiere als der Käufer eines kleineren, schadstoffärmeren Pkw.

Der Grünen-Antrag sei vor allem darauf ausgelegt, bemerkt **Dietmar Brockes (FDP)**, die zahlreichen Wünsche der Grünen-Fraktion wenigstens zum Teil zu finanzieren, um das vorgesehene Programm nicht vollständig auf Pump fahren zu müssen. Auf dieser Schiene habe Rot-Grün zehn Jahre lang agiert. Er gehe davon aus, dass die Landesregierung im Rahmen der Ergänzungslieferung auf die Frage der Beihilfen eingehe.

Zum „Konjunkturprogramm der Grünen-Fraktion“! Die Grünen-Fraktion nutze die sich abzeichnende schlechtere wirtschaftliche Entwicklung, um sattsam bekannte Vorschläge erneut auf den Tisch zu bringen. Dabei wisse jeder Experte, dass solche "Konjunkturprogramme" wirtschaftlich nichts brächten. Es wäre an der Zeit, dass es auf Bundesebene zu deutlichen Verbesserungen im Steuersystem komme. Dieser Weg wäre richtig, um die Konjunktorentwicklung zu befördern.

Er freue sich für seine Fraktion, legt **Norbert Römer (SPD)** dar, dass der Landeshaushalt wegen geringerer Absatzbeihilfen für die deutsche Steinkohle aufgrund der Weltmarktpreisentwicklung entlastet werde. Das sei gut für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und eröffne für die deutsche Steinkohle neue Perspektiven.

Der Spotmarkt sei ja nie Grundlage für das bisher vorgelegte Zahlenwerk oder seiner, Römers, Bewertung in der Öffentlichkeit gewesen. Niemand komme daran vorbei, dass aufgrund wachsender Weltbevölkerung und wachsenden Wirtschaftswachstums der Energiebedarf weiter zunehmen werde, sodass sich die Kohlepreise weiter auf einem hohen Niveau halten würden. Die Schere zwischen den Förderkosten für die deutsche Steinkohle - um die Alt- und Ewigkeitslasten bereinigt - und der Weltmarktkohle werde sich schließen. Selbst bei Preissprüngen werde es - so die Aussage des Vorsitzenden der RAG-Stiftung - nicht zu weiteren Belastungen für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kommen.

Da bei einem Sockelbergbau zudem keine Stilllegungskosten anfielen, könne man über tatsächliche Förderkosten von 150 bis 160 €/Tonne reden. Die Schere zwischen den Weltmarktpreisen und tatsächlichen Förderkosten habe sich nach dem Bericht der Landesregierung weiter geschlossen. Die trotzdem noch benötigten Absatzbeihilfen seien gut angelegtes Geld, weil Wertschöpfung im eigenen Land erhalten werde.

Die im internationalen Vergleich durchaus hohe Zahl an Industriearbeitsplätzen solle niemand geringschätzen.

Welche Erwartung habe die Landesregierung mit Blick auf die zukünftige Entwicklung der Weltmarktpreise? Worauf stütze sich die Landesregierung bei ihren Annahmen? Welche Auswirkungen habe dies in finanzieller Hinsicht für den Landeshaushalt? - Wegen der noch ausstehenden BAFA-Preise für das vierte Quartal sei der von der Landesregierung vorgelegte Bericht lediglich vorläufiger Natur. Er rechne mit einer Ergänzungsvorlage der Landesregierung, die verdeutlichen werde, was an Einsparungen wegen nicht zu zahlender Subventionsbeiträgen Fakt sei. Wie wolle die Landesregierung die freiwerdenden Mittel einsetzen?

Trotz der für 2009 zu erwartenden Kürzungen gäben Bund und Land 1,9 Milliarden € für Steinkohlesubventionen aus, gibt **Ministerin Christa Thoben (MWME)** zu bedenken. Je geförderte Tonne fielen 105 € Subventionsbedarf an. Dieser Betrag sei deutlich weit weg von einer Rentabilität.

Laut Kohlevereinbarung sei das Land ab 2015 aus den laufenden Kohlesubventionen entlassen. - Einen Sockelbergbau könne man nicht unter Hinweis auf einen Beitrag zur Versorgungssicherheit begründen. Effizienzsteigerungen und Einsparungen seien ein eher gangbarer Weg. Die Revisionsklausel wiederum beziehe sich auf die Frage, ob sich die energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen soweit geändert hätten, dass ein rentabler Abbau heimischer Steinkohle erreichbar sei. Sockelbergbau sei nicht die passende Antwort.

Auch wenn das Konjunkturprogramm seiner Fraktion abgelehnt werde, legt **Reiner Priggen (GRÜNE)** dar, sei nicht nachvollziehbar, weshalb der Einsparantrag seiner Fraktion abgelehnt werde, zumal man die vom Ministerium zu Grunde gelegte Höhe übernommen habe. Begründbar sei dies allenfalls mit dem mechanischen Wechselspiel zwischen Opposition und Regierungsfractionen.

Wie stünden Regierungskoalition und Landesregierung zur Bezuschussung der Kfz-Steuer durch den Bund, die für Nordrhein-Westfalen über zwei Jahre gesehen eine Mindereinnahme zwischen 300 und 330 Millionen € ausmache? Da es sich eigentlich um eine Ländersteuer handele, komme es auf der Ebene zu Verlusten. Der Bund müsse unter den Umständen die Finanzierung eigentlich von Anfang an selber tragen.

Die in Rede stehenden 110 Millionen € habe die Ministerin laut Presseberichterstattung als "Strukturhilfen für ehemalige Bergbauregionen" avisiert. Was habe er sich darunter konkret vorzustellen?

Unabhängig davon, welche Entscheidung in Berlin getroffen werde, äußert **Ministerin Christa Thoben (MWME)**, würden auf Nordrhein-Westfalen Belastungen in dreistelliger Millionenhöhe entfallen. Sie rechne nicht mit Gegensparmöglichkeiten im investiven Bereich.

Laut Koalitionsvereinbarung seien eingesparte Mittel aus den Subventionen im Steinkohlenbergbau wenigstens zum Teil für Innovation und Entwicklung in den Bergbauregionen zu verwenden. Die Landesregierung werde die nötigen Beratungen führen.

Zur Kfz-Steuer habe sich die Landesregierung derzeit deshalb noch nicht abschließend geäußert, weil die Maßnahme an sich noch strittig sei. Der Bund verhandle mit den Ländern darüber, wie hoch der Anteil der Ausfälle sei, der übernommen werden solle. Nordrhein-Westfalen wäre damit nicht in dem Umfang betroffen, wie ihn der Abgeordnete Priggen zunächst zu Recht skizziert habe.

Lutz Lienenkämper (CDU) kommt auf eine Äußerung des Abgeordneten Römer im Kölner Stadtanzeiger vom 14. Oktober 2008 unter der Überschrift "Weniger Kohle für die Kohle" zu sprechen. Von Einsparungen in einer Größenordnung von 230 Millionen € für den Landeshaushalt sei zu lesen gewesen. Aktuell stehe ein Betrag von 110 Millionen € auf der Basis gesicherter Erkenntnisse im Raum. Ihn beschleiche das Gefühl, dass sich der Abgeordnete Römer das Zahlenwerk lediglich passend gerechnet habe. Bewusst habe der Abgeordnete die subventionsrelevanten Gesamtkosten ausgeblendet. Ein falsches Ergebnis sei damit präjudiziert. Bewusst unter den Tisch fallen lasse der Abgeordnete auch den Ausgleichsanteil aus dem strukturellen Defizit bei der RAG aus den Mehrerlösen. Ein richtiges Ergebnis könne auf dieser Grundlage ebenfalls nicht herauskommen. Wegen der Unterfinanzierung des Berliner Modells von Rot-Grün im Land für die Jahre 2004 bis 2012 betrage das strukturelle Defizit alleine schon ungefähr 1,5 Milliarden €, die Schritt für Schritt abzutragen seien und für die die Mehrerlöse der RAG aus dem Kohleverkauf teilweise angesetzt würden. Lasse man dies unberücksichtigt, müssten zwangsläufig andere Ergebnisse herauskommen.

Im besagten Zeitungsartikel habe der Abgeordnete Römer die laufenden Kosten für die Produktion auf 151 €/Tonne beziffert. Auch dieser Wert sei falsch, weil bewusst die spezifischen Gesamtkosten unerwähnt blieben, die nach RAG-eigenen Zahlen über 200 €/Tonne lägen.

Zur Kfz-Steuer! Die Hinweise des Abgeordneten Priggen träfen zu. Er, Lienenkämper, unterstütze namens seiner Fraktion, das, was Ministerin Thoben bereits für die Landesregierung ausgeführt habe. Gespräche auf Berliner Ebene liefen. Wechselseitige öffentliche Erklärungen würden momentan nicht weiterhelfen. Er hoffe, durch die Gespräche zu besseren Ergebnissen für Nordrhein-Westfalen zu kommen, als sie sich im Moment darstellten. Die Tatsache, dass in der Kfz-Steuer auf ein CO₂-bezogenes System umgestellt werde, kritisiere niemand. Zu kritisieren sei allerdings die Absicht maßgeblicher Stellen in Berlin, diesen Schritt zum Nachteil der Länder - insbesondere Nordrhein-Westfalens - zu vollziehen. Man arbeite hinter den Kulissen an Korrekturen. Ziel sei eine für Nordrhein-Westfalen verträgliche Lösung.

Norbert Römer (SPD) greift den "Sockelbergbau" auf. Die Zitate, die im Kölner Stadtanzeiger mit ihm in Verbindung gebracht würden, seien zwar von ihm; aber alles, was nicht in die Rubrik "Zitate" gehöre, stamme nicht von ihm.

In der Tat seien die Alt- und Ewigkeitslasten aus 150 Jahren Bergbau in Nordrhein-Westfalen in der RAG-Stiftung separiert worden. Sie würden getrennt bedient. Die Mittel seien aus dem bereits vollzogenen Verkauf von Evonik-Industries-Anteilen mobilisiert worden. Eine weitere Mobilisierung finde mit dem nächsten Börsengang von Evonik Industries statt. Der Verkauf von 25 % habe einen Erlös von knapp 2,5 Milliarden € erbracht und deute daraufhin, dass das Unternehmen weit mehr wert sei, als es die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen darstellten. Das sei gut für den Steuerzahler und die Bedienung der Alt- und Ewigkeitslasten. Im Falle eines Sockelbergbaus fielen auch keine Stilllegungskosten an, sondern nur noch die ganz normalen Förderkosten, die aktuell im deutschen Steinkohlenbergbau zwischen 150 und 160 €/Tonne lägen. Ein Blick auf die BAFA-Preise offenbare ein Niveau von 106,01 €/Tonne im zweiten Quartal sowie im dritten Quartal ein wohl ähnlich hohes Niveau. Daraus ableitbar sei der Subventionsbedarf für eine Tonne zu fördernde Tonne im deutschen Steinkohlenbergbau. Der Wert hierfür belaufe sich aber nicht auf 105 €/Tonne, sondern die Differenz zwischen den tatsächlichen Förderkosten und dem BAFA-Preis.

Er gehe nach der Finanzmarktkrise davon aus, dass sich der Weltmarktpreis für Kohle stabilisiere und sogar noch ansteigen werde. Deshalb sei es vernünftig und sinnvoll, darüber nachzudenken, ob man nicht - was er befürworte - öffentliche Mittel in die Hand sollte, um sich in Nordrhein-Westfalen einen Sockelbergbau zu leisten. Dadurch werde die Wertschöpfung im eigenen Land gehalten und denjenigen, die auf dem Weltmarkt erfolgreich nordrhein-westfälische Bergbaumaschinen anböten und zukünftig anbieten würden, eine vernünftige Basis geboten.

Christian Weisbrich (CDU) missbilligt die Ausführungen des Abgeordneten Römer auf das Schärfste. Immerhin seien die Zahlen oft genug erörtert worden. Trotzdem lasse der Abgeordnete Römer nicht davon ab, Beispielrechnungen aufzumachen, in denen ein um das andere Mal allerdings verschiedene Einzelpositionen ausgeblendet würden. Er, Weisbrich, empfinde das als unerträglich. Er sei zukünftig nicht mehr bereit, über solchen Unsinn weiter zu diskutieren.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Wir sind hier im Parlament, Herr Kollege Weisbrich! Was soll das denn?)

Reiner Priggen (GRÜNE) erinnert im Zusammenhang mit dem Vorschlag seiner Fraktion daran, dass sogar der Bund gestern im Kabinett über ein Konjunkturprogramm habe entscheiden wollen. Soweit es um den von der Ministerin genannten dreistelligen Millionenbetrag gehe, der auf Nordrhein-Westfalen entfallen werde, habe die Landesregierung die Möglichkeit, sich im Bundesrat entsprechend zu verhalten. Ein klares Profil, das die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen im Bund vertreten wolle, gebe es allerdings nicht. Andere Bundesländer äußerten sich demgegenüber sehr entschieden. Auf den "Erfolg der Landesregierung" sei er gespannt.

Thomas Eiskirch (SPD) teilt mit, seine Fraktion werde - wie er es schon begründet habe - sämtliche Änderungsanträge wegen der fehlenden haushalterischen Grundlage nicht begleiten und sich in der Abstimmung der Stimme enthalten. - Lobend äußert sich der Abgeordnete sodann zunächst dazu, wie die Landesregierung die Kofinanzierung zu den rückfließenden GA-Mitteln aus der Nokia-Problematik erfolgreich gestaltet habe. Der Weg sei klug gewählt und Schaden für andere Ziel-2-Projekte vermieden worden.

Thema „Grundstückserlöse“! Staatssekretär Dr. Jens Baganz habe seinerzeit von einem Anderkonto gesprochen. Jetzt allerdings empfangen er, Eiskirch, Signale, dass auch die Grundstückserlöse über den Landeshaushalt laufen sollten. Dafür bitte er um Klarstellung.

Ministerin Christa Thoben (MWME) führt hierzu aus:

Unabhängig davon, ob die Erlöse aus dem Grundstücksverkauf einer Stelle außerhalb der Landesverwaltung - Anderkonto! - oder dem Landeshaushalt zufließen: Die Mittel des Landes müssen in jedem Fall unter Beachtung der beihilferechtlichen Vorgaben der EU für „Wachstum für Bochum“ eingesetzt werden dürfen.

Die Vereinnahmung der Erlöse bei Titel 119 12 und ihre Verausgabung in der Titelgruppe 78 sollen lediglich einen beihilfekonformen Mitteleinsatz sicherstellen. Die Veranschlagung berührt in keiner Weise die Beteiligung Bochums an Entscheidungen über Förderprojekte.

Um die GA-Mittel, so **Thomas Eiskirch (SPD)**, bestehe kein Streit. Völlig unstrittig sei ebenfalls, dass Mittel von Nokia aus den Grundstückserlösen beihilfekonform zu verausgaben seien. Er hinterfrage Aussagen, ob jenseits der GA-Mittel die Nettoverkaufserlöse des Grundstücks jenseits des Landeshaushalts in eine Finanzierungssituation fließen, aus der beispielsweise "Wachstum für Bochum" nachhaltig gestaltet werden könne. Oder beabsichtige die Landesregierung mittlerweile, die Mittel für den Landeshaushalt zu vereinnahmen und dort zu verausgaben?

Ministerin Christa Thoben (MWME) antwortet, es bleibe voll und ganz bei der Vereinbarung, dass es nur um Mittel gehe, die aus Rückforderungsansprüchen des Landes resultierten. - Er, **Thomas Eiskirch (SPD)**, bitte um Erläuterung. Immerhin gehe es um die Erlöse aus den Grundstücksverkäufen und damit um eine nicht konkrete Summe. Die Vereinbarung mit Bochum besage, dass die Grundstückserlöse in das Programm "Wachstum für Bochum" fließen. Die Entscheidung, was mit den Mitteln passiere, liege in Bochum.

Ministerin Christa Thoben (MWME) äußert Verständnis für die Wahlkreisarbeit des Abgeordneten Eiskirch. Sie aber habe darauf zu achten, dass vernünftig mit einem Förderfall umgegangen werde, der sich im Nachhinein als nicht besonders glücklich erwiesen habe.

Ministerialdirigent Klaus Bösche (MWME) erläutert den Stand der Vergleichsverhandlungen des Landes mit der Firma Nokia:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrter Herr Eiskirch! Die Rahmenbedingungen sind aus meiner Sicht wie folgt zu beschreiben: Es geht um eine Rückforderung im Kontext von GA-Förderungen. Die GA-Förderungen sind dadurch gekennzeichnet, dass es um Bundes- und Landesmittel geht. Im Rahmen dieser Rückforderung hat sich Nokia bereiterklärt, einen Geldbetrag zu zahlen. Dieser Geldbetrag wird vom Bund für den Bundesanteil an der Ursprungsförderung in Anspruch genommen. Das Land hält sich an der Stelle dadurch schadlos, dass Nokia außerdem angeboten hat, den Verkaufserlös für das Grundstück zu zahlen bzw. für Maßnahmen in der Region Bochum zur Verfügung zu stellen.

Dieser Verkaufserlös soll so behandelt werden, dass zunächst Maßnahmen aus dem Paket „Wachstum für Bochum“ nach einem Konsultationsverfahren unter Beteiligung der Stadt Bochum und des Landes finanziert werden. Wenn nach Durchführung dieser Maßnahmen ein Restbetrag des Verkaufserlöses übrig bleibt, dann wird dieser Betrag von der Firma Nokia auf den Einnahmetitel 119 12 im Landeshaushalt gezahlt; dies wiederum bietet die Möglichkeit, über die von Frau Ministerin Thoben angesprochene Titelgruppe 78 weitere Ausgaben in der Region Bochum zu tätigen.

Dabei ergeben sich Effekte, die sich nach unserer Einschätzung einerseits auf der Zeitachse und andererseits nachher auch inhaltlich ausdifferenzieren werden.

Thomas Eiskirch (SPD) qualifiziert den Vorhalt der Ministerin, seine Frage sei als Wahlkreisarbeit einzustufen, als unzulässig. Immerhin wisse er nicht, dass die Verabredung stehe. Über die Verwendung der Mittel und deren Regelung im Haushalt müsse der Landesgesetzgeber Bescheid wissen. Gebe es bestimmte mit den Beteiligten verabredete Maßnahmen, die aus dem Erlös der Grundstücksverkäufe finanziert werden sollten? Um welche Größenordnungen bzw. Maßnahmen handele es sich ungefähr. Nach dem, was seinerzeit der Staatssekretär ausgeführt habe, habe die zuständige Arbeitsgruppe noch nicht getagt. Neue Kenntnisstände sollten dem Ausschuss mitgeteilt werden.

Die Frage des **Lutz Lienenkämper (CDU)**, ob sich der Abgeordnete Eiskirch zwar nicht mit dem Haushalt befassen wolle, wohl aber insofern, als die Stadt Bochum betroffen sei, verneint **Thomas Eiskirch (SPD)**.

Ministerialdirigent Klaus Bösche (MWME) gibt zusätzliche Erläuterungen zum Zahlenwerk: Zunächst zu berücksichtigen habe man die ursprüngliche Förderung in Höhe von 40 Millionen €. Darüber hinaus zahle Nokia 20 Millionen € "cash". Schließlich gebe es noch den Verkaufserlös aus den Grundstücksverkäufen, dessen Höhe allerdings noch nicht bezifferbar sei. An dem Charakter der Maßnahmen, die bei der Vorstellung des Memorandums of Understanding präsentiert worden seien, habe sich nach seinem Kenntnisstand bis heute nichts geändert. Um die Maßnahmen im

Detail auszufüllen, wäre es notwendig und hilfreich zu wissen, in welcher Größenordnung sich der Verkaufserlös bewege und wie er verteilt werden könne.

Die haushaltsrechtlichen Instrumente, die nach dem Haushaltsgesetzentwurf 2009 geschaffen worden seien, böten alle Möglichkeiten, jedwede Eventualität abzudecken. Nicht abgebildet sei allerdings, was gewissermaßen vorab, sofort oder interimistisch aus einem von Nokia erzielten Verkaufserlös an Maßnahmen für „Wachstum für Bochum“ unmittelbar investiert werde.

Dietmar Brockes (FDP) kritisiert, dass sich der Ausschuss bereits seit über einer halben Stunde ausschließlich mit dem Fall "Bochum" befasse. Allerdings sei im Vorfeld der heutigen Sitzung verabredet gewesen, dass alle Fragen zum Haushalt schriftlich eingereicht werden sollten, damit die Landesregierung sie vorab entsprechend beantworten könne. Diskutiert werden sollte über Änderungsanträge zum Haushalt.

Thomas Eiskirch (SPD) erwidert, erst am vergangenen Montag habe er aus der Presse vom kurz bevorstehenden Grundstücksverkauf erfahren, sodass er also auch seine konkreten Nachfragen nicht früher stellen können. - Er bitte für die nächste Ausschusssitzung um eine Vorlage der Landesregierung zum weiteren Prozedere und Aussagen über die Mittelaufteilung.

(Zustimmung von Ministerin Christa Thoben [MWME])

Der **Ausschuss** tritt sodann in die **Abstimmung** ein:

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der Grünen-Fraktion bei Enthaltung durch die SPD-Fraktion abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss den Einzelplan 08 in unveränderter Fassung mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Annahme.

